

Kandidatenvorstellung Aufstellungsversammlung 26.9.2026

Christian Gloede, 65 Jahre alt, von 1989 bis 2025 als Behindertenpädagoge bei der BEK in den Kitas tätig, viele Jahre freigestellt für Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit, von 2003-2019 Landesvorsitzender der GEW. Seit dem 1.8.2026 Rentner 😊



Schon während meiner Schulzeit politisch aktiv, seit Studium Mitglied in linken Parteien. 1999 noch für die PDS, ab 2007 dann für die Linke im Beirat Findorff. Habe dort mein Mandat -ich war noch Mitglied im Bildungsausschuss - dann im letzten Jahr weitergegeben; aber noch aktiv in der Basisgruppe Findorff und in der AG Bildung.

Derzeit bin ich Mitglied des Landesvorstands und bildungspolitischer Sprecher der Partei und ansprechbar auch für friedenspolitische Initiativen. Hier kann ich meine Herkunft aus den Zeiten der Friedensbewegung nicht verleugnen...

Wir sind in Bremen „Regierungspartei“ und ich will, dass das so bleibt! Aber nicht um jeden Preis. Natürlich müssen wir auch Kompromisse eingehen, um manche Positionen kämpfen, manche im Kampf auch aufgeben. Aber: Unterm Strich müssen wir für die Menschen in Bremen im besten Sinne spürbar sein; wir sind für viele die Hoffnung! Das heißt auch: Nicht alle Kompromisse sind akzeptabel für uns als die linke Partei. Und es muss uns in den nächsten Jahren gut, vielleicht besser als bisher gelingen, Partei und Fraktion und ggf. Regierungsmitglieder in den Dialog auf Augenhöhe zu bringen.

Das größte Pfund für linke Regierungspolitik in Bremen ist eine stabile Fraktion, die aus einer starken Liste aus einer großartigen und vielfältigen Mitgliedschaft erwächst. Ich möchte Teil dieser Liste der Vielfalt sein und meine Kompetenzen und Erfahrungen in unseren Wahlkampf für die Partei einbringen. Ein Mandat in der Bürgerschaft ist dabei nicht mein vorrangiges Ziel, daher Kandidatur für die Plätze 16, 18, 20...

Wir kämpfen in einer Zeit eklatanter Widersprüche: Geld ist genug vorhanden – nur ungleich (und ungerecht) verteilt. Wir haben eine Bundesregierung, der es gelungen ist, Hass und Hetze gegen Arme, Kranke, Behinderte, Migrant*innen, Queers und andere marginalisierte Gruppen bis hin zu Teilzeitbeschäftigten zu säen und in erheblichen Maß dazu beigetragen hat, dass wir einen gesellschaftlich-kulturellen Rechtsruck in diesem Land haben, der Faschisten wieder an die Macht, zumindest in Machtnähe spült. Versprochene (steuerliche) Entlastungen werden zynischerweise von den Entlasteten im Prinzip selbst erbracht, da insbesondere steigende Wohn- und Energiekosten jegliche Entlastung auffressen und bisherige Sozialleistungen gekürzt oder gestrichen werden.

Die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt haben bei vielen einen Schock ausgelöst; es gibt m.E. aber wenig Anzeichen dafür, dass dies ein „heilsamer Schock“ gewesen wäre (die Wahlen in MV und Berlin, Kommunalwahlen in NDS haben noch nicht stattgefunden). Es spricht einiges dafür, dass das Ergebnis den rechten Aufwind noch beflügelt.

Als Linke werden wir noch über Jahre hinaus den Kampf gegen den Faschismus und die Faschist*innen führen (müssen) und dabei stets zu denen gehören, die von den Rechten und Nazis bekämpft werden. Das wird uns nicht daran hindern, Solidarität zu unserer Waffe zu machen und an der Seite derer zu stehen, die im Fokus des rechten Hasses und seiner ekelhaften Hetze stehen. Auch da gilt: Niemals allein, immer gemeinsam!

Aber wer steht mit uns gemeinsam? Wie sieht unsere, wie sieht eine breitere gesellschaftliche Strategie gegen die um sich greifende Menschenfeindlichkeit aus? Wie weit dürfen „unsere“ Bündnisse gehen? Wie kommen wir, wie kommen unsere Ideen von Solidarität, von mitbestimmender Stadtteilkultur, von einer guten Bildung für Alle, von gleichberechtigten Entwürfen von Wohnen und Leben, von Klima- und Verkehrswende in die Köpfe möglichst vieler Menschen? Auch diese Fragen werden unseren Wahlkampf in Bremen mitprägen müssen, nicht nur die nach der Brandmauer!

Wir sind die Brandmauer gegen Sozialabbau und Mietenwucher, gegen den Antifeminismus und den Ausbau fossiler Energieträger. Wir stehen für mehr Teilhabe im Arbeitsleben und in der Bildung, für mehr Mitbestimmung im Betrieb und mehr Bürger*innenbeteiligung. Und im Zweifelsfall schützen wir die Menschen vor dem Verfassungsschutz. Ich will keinen „Radikalenerlass 2.0“, der für Gesinnungsschnüffelei im Öffentlichen Dienst steht. Die Rechten soll er treffen, getroffen werden aber wir!

Nun noch etwas zu **meinem Kernanliegen** linker Landespolitik:

Für mich ist „Bildung-von-Anfang-an-für-Alle“ ein, wenn nicht das zentrale Thema: PISA hat wieder einmal deutlich gemacht, dass Deutschland im Prozess der „Ent-Bildung“ ganzer Generationen weiter Fortschritte macht (Ironie!). Kaum irgendwo ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildung so widerlich mächtig wie hier – und das steigend! PISA hat gezeigt, dass zunehmend junge Menschen das Zutrauen in sich selbst, damit Vertrauen auf eine selbst zu gestaltende Zukunft verlieren. Verheerend – letztlich auch für den psychischen Zustand der Gesellschaft.

Dieses umzukehren zu versuchen ist eine der Aufgaben, vor der wir hier in Bremen stehen! Wir müssen der Idee „Gemeinschaftsschule“, im Kontext einer abgesicherten auskömmlichen Finanzierung und der Einbeziehung der frühkindlichen Bildung, zum Durchbruch verhelfen. Der „Schulfrieden“ (Schulkonsens) wie wir ihn seit 2008, verlängert 2018 (damals mit Stimmen der Linken), haben, ist hinfällig! Die verbesserte Ausstattung ist nicht hinreichend gekommen, der „Frieden“ selbst hat kreative und fortschrittliche Entwicklungen, die auf Grundlage des Schulgesetzes möglich gewesen wären, blockiert. Die Schulstruktur auszusparen hat sich nicht bewährt, das Gymnasium als zentraler Selektionsort steht unter Schutz! Es ist weniger migrantisch und weniger arm als die Oberschulen. Gesellschaftliche Vielfalt findet so nicht statt. Wir brauchen aber keine Schutzräume für die Kinder der Reichen! Und dennoch ist die (auch psychische) Belastung für Schüler*innen und Kolleg*innen an Gys nicht geringer als an Oberschulen.

Auch sie werden von einer Schule für alle profitieren! Daher ist für mich klar: Mit dieser CDU (und wohl der Mehrheits-FDP) ist ein parteiübergreifender Schulkonsens derzeit nicht machbar, der Preis (Absicherung, womöglich Ausbau von Gymnasien) wäre zu hoch!

Im Übrigen: Schule muss sich so oder so grundlegend ändern, sich deutlich stärker an den Lebensrealitäten von Kindern und Jugendlichen und ihren eigenen Lernwegen und -zeiten orientieren. Schule muss ganztags stattfinden und ein (kostenfreies!) Mittagessen für alle bereithalten.

Zusammengefasst:

Wir brauchen - auch in allen Bildungsfragen - klassenkämpferischen Druck!

Ich bitte um eure Stimmen für Listenplatz 16! Danke für die Aufmerksamkeit.

Nachfragen, Meinungen etc. gern unter [christian.gloede\(at\)dielinke-bremen.de](mailto:christian.gloede@dielinke-bremen.de)